

DATABUND-FORUM 2012:

Clouds, Apps & Co – Der Weg kommunaler IT in die Mobilität

Fachkongresse mit Frontalvorträgen gibt es viele. Foren mit intensiver Diskussion von Fachleuten der kommunalen Praxis nur wenige. Das DATABUND-Forum 2012 hat den Spagat geschafft, visionäre Themen über zukünftige Entwicklungen mit Teilnehmern, die in der kommunalen IT verwurzelt sind, zu diskutieren. Das Ergebnis war kreativ, befruchtend und vielleicht auch richtungsweisend.

Zum zweiten Mal hatte der DATABUND, Verband mittelständischer kommunaler IT-Dienstleister, eingeladen, und Vertreter von gut 30 Unternehmen kamen in die IBM-Deutschlandzentrale nach Ehningen. Zwei Themen sollten jeweils für sich und auch in ihren Auswirkungen aufeinander beleuchtet werden: „Vergaberecht“ und „die Cloud“. Aber kann man heute einzelne Themen überhaupt noch isoliert betrachten?

Update Vergaberecht

Rechtsanwalt Dr. Daniel Soudry beleuchtete das Vergaberecht vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung und der Gesetzgebung. Dabei wurden nicht nur blinde Flecken sichtbar, sondern auch Dilemmata in der gegenwärtigen Vergabep Praxis. Zu wenige Marktteilnehmer, so Soudry, mahnen offensichtliche Verstöße bei Vergabeverfahren an bzw. rügen diese – als Rechtsmittel. In der aktuellen Rechtsprechung wurden die Anforderungen dafür deutlich gesenkt. Rügen sind eine Alternative, Fehlern, Unregelmäßigkeiten oder gar Rechtsverstößen zu begegnen – bereits während des Vergabeverfahrens. Denn allenthalben finden sich Beispiele dafür, dass eine Klage gegen eine Vergabeentscheidung und Zuschlagserteilung vor Gericht zwar erfolgreich durchgeföhrt wird, das klagende Unternehmen im Ergebnis aber dennoch den Auftrag nicht erhält.

Cloud Computing in der öffentlichen Verwaltung

Wir stehen an der Schwelle eines erneuten grundlegenden Wandels der Informa-

tionstechnologie in der öffentlichen Verwaltung. Die Großrechner wurden durch die Einführung des PC, einer kleineren,



agileren und den Bedürfnissen vor Ort besser anpassbaren Einheit, hinweggefegt. Und für genau diese Attribute ist der PC heute nicht mehr die adäquate Plattform.



Franz-Reinhard Habel, Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund *Quelle: DATABUND*

Cloud Computing ist das Stichwort, dem aus dem Weg zu gehen schwer zu fallen scheint. Das DATABUND-Forum hat gezeigt, dass es Ansätze und Konzepte gibt, die durchaus praxistauglich oder gar bereits umgesetzt sind. Als Beispiel bieten IBM und der Fachverfahrenshersteller Telecomputer seit Januar 2012 den technischen Betrieb ihrer Integrierten Kommu-

nen Lösungen (IKOL) auf der Basis einer SaaS-Lösung (Software as a Service) an. Die Daten liegen sicher, zertifiziert und hochverfügbar in der IBM-Cloud.

Aus dem Blickwinkel der kommunalen IT-Dienstleister und Rechenzentrumsbetreiber näherte sich Dr. Rolf Beyer dem Thema. Der Verbandsgeschäftsführer des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler IT-Dienstleister VITAKO skizzierte Konzepte und Projektideen für kommunale Cloud-Lösungen und -Geschäftsmodelle aus Sicht der VITAKO. Der Dachverband gilt als innovativer Ideengeber für die Entwicklung kommunaler Cloud-Lösungen. Die Umsetzung und Identifizierung tragfähiger Geschäftsmodelle liege aber, so Beyer, in der Hand der IT-Dienstleister und Rechenzentrumsbetreiber: „Es wird seine Zeit brauchen. Hoffentlich nicht zu lang.“

Visionen für Kommunal-IT

Aber geht es wirklich nur darum, ob man die Daten oder die Fachanwendung in der Cloud speichert – oder beides? Welche Bedeutung haben Apps für die öffentliche Verwaltung? Wie wichtig sind soziale Netzwerke für das tägliche Verwaltungshandeln?

Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, stellte dazu weitergehende Visionen vor. Die Entwicklung, mit Blick auf die letzten zwanzig Jahre, sei gekennzeichnet von einer fortschreitenden Dematerialisierung. Am Ende gebe es nur noch die Cloud und Apps. Konstitutiver Teil dieser Entwicklung sind die sozialen Netzwerke. Gleichsam als Betriebssysteme der Gesellschaft verändern sie nicht nur die gesellschaftliche Kommunikation, sondern auch den Staat und damit die öffentliche Verwaltung. Der Staat werde vom „Vater Staat“ zum „Partner Staat“. Vertrauen und Transparenz seien dann die Grundfesten der zukünftigen Rolle der öffentlichen Verwaltung. Diese, so Habel, ist darauf aber nicht vorbereitet: „Wir stehen am Rand und schauen zu, was passiert.“

Um die Möglichkeiten der aktuellen Entwicklung nutzen zu können, so das Fazit von Habel, müsse in großen Teilen auch Verwaltung neu gedacht werden: Es fehle etwa an einer standardisierten Basis-Infrastruktur mit Blick auf eine übergreifende kommunale Zusammenarbeit. Das Postulat, die Kommune ist Herr der Daten, werde fallen müssen – zum einen. Zum anderen müsse Verwaltung endlich den Wert ihrer Datenbestände erkennen. Als notwendige Grundlage müsse der Gesetzgeber einen Handlungsrahmen schaffen, in dem der Markt Lösungen entwickeln kann, die die Kommunalverwaltung 2020 benötigt.

Wie könnte diese Zukunft aussehen? Eine sehr greifbare Vision hatte Dr. Beyer von der KDO: „Vielleicht gehen Sie in einigen Jahren morgens an Ihren völlig leeren Schreibtisch, legen Ihren mitgebrachten Tablet darauf und schließen bestenfalls noch das Stromkabel an.“ Mit Blick auf die ersten Tablets in bundesdeutschen Kreis-, Städte- und Gemeindeparlamenten wirkt diese Vorstellung gar nicht mehr so visionär. Von wem dann die Software (oder die App?) bezogen wird, kann die Kommune im Extremfall täglich neu entscheiden.

Der Umgang mit Software bzw. Fachanwendungen wird in völlig neuen Geschäftsmodellen gedacht werden müssen. Für diese steht die Cloud dann tat-



Prof. Dr. Dirk Heckmann, Professor für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht an der Universität Passau

Quelle: DATABUND

sächlich nur als Stichwort. Sie ist ja auch nicht wirklich neu, sondern die meisten von uns hosten ihre E-Mails seit Jahren bei einem Provider in einer Cloud. Neu ist

das Gesamtpaket – der Tablet als Endgerät, das bedarfsgerecht zugeschnittene Profil für den Endanwender und ein neues Zusammenspiel von Kommune, Softwarehersteller, Softwarebetreiber und Kundenbetreuung. Und in diesen neuen Modellen liegen auch neue Chancen für alle heutigen und zukünftigen Marktteilnehmer. Aber auch – um das nicht zu vergessen – die Risiken.

Mit der ihm eigenen visionären Kraft wies Prof. Dr. Dirk Heckmann, Professor für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht an der Universität Passau, darauf hin, dass die Betreibermodelle hin zu mehr Flexibilität und tatsächlicher Inanspruchnahme tendieren werden. Darin liege eben der mögliche Gewinn für die Kommunalverwaltung. Aber auch für die heutigen Marktteilnehmer.

Für diese resümierte Verbandsvorsitzender Ulrich Schlobinski: „Die Cloud ist nicht anfassbarer geworden – die Fragen eher mehr! Aber diese Fragen haben eine gemeinsame Ausrichtung bekommen. Darin liegt der Gewinn dieses DATABUND-Forums.“

Mehr Informationen zum DATABUND finden Sie unter www.databund.de.

STADT LANGENFELD:

Dauer der Vergabe von Betreuungsplätzen deutlich verkürzt

Die Stadt Langenfeld im Rheinland hatte ein Ziel: das komplexe und zeitaufwendige System der Vergabe von Betreuungsplätzen zu verbessern. Unnötige Mehrfacheingaben von Daten, komplizierte Wartelistensysteme und umständliche Absprachen etwa nach Doppelvergaben kosteten Eltern und Mitarbeiter Zeit und Nerven. Um das zu ändern, holte sich die kinderreiche Kommune Unterstützung vom IT-Unternehmen Trinuts GmbH, dem Anbieter des Online-Dienstes kitaVM. Bereits nach der Durchlaufpremiere mit den 19 beteiligten Einrichtungen zeigte sich der Nutzen des optimierten Prozesses: „Ich schätze, dass wir schon im ersten Vergabejahr rund 40 bis 50 % weniger Aufwand für Elternführungen, die Abstimmung mit anderen Einrichtungen und die Vergabe selbst haben“, sagt Petra Sandow, Leiterin des Städtischen Familienzentrums Fahlerweg. „Ich war zu Anfang etwas skeptisch, denn es gab schon Anläufe zur Unterstützung des Vergabeprozesses. Aber das Arbeiten mit kitaVM hat uns diese komplexe Aufgabe wirklich sehr erleichtert.“ Die Langenfelder Eltern freuen sich, dass dank dem neuen zentralen Anmeldeverfahren die Zusagen schon bis zu acht Monaten vor Betreuungsbeginn verschickt werden – statt wie bisher drei oder vier Monate zuvor. Dafür können sie ihre Kinder zentral in mehreren Einrichtungen vormerken lassen und erhalten sofort über Status-Updates Bescheid, wenn sie einen Platz erhalten. Versehentliche Doppel-Zusagen sind ausgeschlossen. Auch Träger und Kommune profitieren von mehr Planungssicherheit: Statt erst fünf bis sechs Monate vor Beginn des neuen Kita-Jahres sind die nachgefragten Plätze nun schon fast ein Jahr vorher bekannt. „Jetzt können wir schon vor der Vergabe den tatsächlichen Bedarf ermitteln und reagieren“, sagt Ute Piegeler, Referatsleiterin für Kindertageseinrichtungen, Schule und Sport in Langenfeld. Eine Möglichkeit ist es, die Gruppenstruktur frühzeitig an das Alter der neu angemeldeten Kinder anzupassen. Außerdem könnten Änderungen der Gruppenstärke berücksichtigt werden, die sich durch den Übertritt von Kindern von der U3- in die Ü3-Betreuung (Kinder über drei Jahre) ergeben – das schafft Flexibilität. Aktuell wird gerade ein Informationsmodul getestet, mit dem sich zum Beispiel die Auswahl der Einrichtungen und eine vorläufige Anmeldung in bestehende Websites integrieren lassen.